



Liebe Leserinnen,  
liebe Leser,

die Plenarwoche spiegelt immer mehr wieder: Die rot-grüne Landesregierung steht vor einem Chaos!

Das Wahlversprechen von Ministerpräsidenten Weil, Kindergartengebühren abzuschaffen – nichts wert, da durch namentliche Abstimmung (auch mit seiner eigenen Stimme) die Umsetzung zum Jahre 2018 abgelehnt wurde.

Änderung des Niedersächsischen Kommunalabgabengesetzes – ein Griff in das Portemonnaie unserer Bürgerinnen und Bürger. Katastrophale Missstände in der Braunschweiger Landesaufnahmebehörde, katastrophale Unterrichtsversorgung in Niedersachsen mit einem Stundenausfall von mehr als 100.000 Stunden pro Woche usw., usw.....

Was sonst noch geschah?  
Lesen Sie meinen Blickpunkt!

Herzlichst  
Ihre

**V.i.S.d.P.**

Gudrun Pieper  
Hauptstraße 9  
29690 Schwarmstedt

Tel.: (05071) 800 25 25  
info@gudrunpieper.de



## Inhalt

Ihre Meinung ist gefragt Seite 1

Sozialausschuss Seite 2

Europaausschuss Seite 3

Plenum Seite 4

Wahlkreisnews Seite 5-6

## Unzureichende Unterrichtsversorgung

An unseren Schulen in Niedersachsen ist die Unterrichtsversorgung weiter gesunken und gefährdet unser bisher gutes Bildungswesen. Damit ist sie mit 98,9 % so niedrig wie seit etwa 15 Jahren nicht mehr.

Mehrere Hunderttausend Stunden Unterricht können nicht erteilt werden, davon ist auch der Pflichtunterricht betroffen. Die aktuellen statistischen Daten für die allgemein bildenden Schulen, die Kultusministerin Heiligenstadt (SPD) aufgrund einer Anfrage der Abgeordneten im Landtag herausgeben musste, zeigen deutlich, dass landesweit Unterricht ausfällt. Im laufenden Schuljahr sind das rund 600.000 Schulstunden in Niedersachsen, die nicht erteilt werden können, weil Lehrer fehlen.

Auch der Heidekreis ist betroffen. Der statistische Durchschnittswert für alle allgemein bildenden Schulen im Heidekreis liegt bei 99,5%. Im Vergleich: 2012 lag die Unterrichtsversorgung bei 102%! An den einzelnen Schulformen sieht es im landkreisweiten Durchschnitt so aus, dass die Förderschulen mit 94,2% am schlechtesten abschneiden, gefolgt von den Oberschulen mit 94,9%. Mir ist völlig unklar, wie hier qualitativ guter Unterricht stattfinden soll. Doch diese Durchschnittswerte, vom Stichtag 18. August 2016, sagen nichts über die tatsächliche Lehrerversorgung an den einzelnen Schulen aus. Darum habe ich auch in der Landtags-Drucksache 177204 um die Daten für alle einzelnen Schulen des Heidekreises gebeten. Doch bislang verweigert Kultusministerin Heiligenstadt mir noch die Herausgabe der Daten.

Seit Jahren stehe ich in Kontakt mit den Schulen im Heidekreis. Immer wieder haben wir die Landesregierung auf die Missstände hingewiesen und eine anständige Unterrichtsversorgung gefordert. Die CDU-Fraktion hat in der Vergangenheit diesbezüglich konkrete Vorschläge gemacht, die von der Landesregierung durchweg abgelehnt wurden. Weder für eine bessere Unterrichtsversorgung, noch für mehr Lehrkräfte und Schulleitungen im ländlichen Raum hat sich die Kultusministerin eingesetzt.

So müssen wir besorgt feststellen, dass sie die Grundlage guter Bildung an den Schulen in Niedersachsen nicht sicherstellen kann. Durch falsche Entscheidungen hat Kultusministerin Heiligenstadt maßgeblich dazu beigetragen, dass die Situation so schlecht ist. Ganz oben auf der Fehlerliste stehen die rechtswidrige Erhöhung der Unterrichtsverpflichtung für Gymnasiallehrkräfte, die sich heute noch negativ auswirkt und die Entmachtung der BBS-Schulleitungen bei den Lehrereinstellungen an den berufsbildenden Schulen. Nun die Schuld am Stundenausfall den Flüchtlingen in die Schuhe zu schieben, ist ein hilfloses und noch dazu infames Ablenkungsmanöver der Ministerin.

Unser schulpolitischer Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Kai Seefried, hat Kultusministerin Heiligenstadt nun aufgefordert eine Regierungserklärung zur Schulpolitik in Niedersachsen – insbesondere zur Unterrichtsversorgung – abzugeben. Die Kultusministerin hat in den letzten Tagen alles daran gesetzt, zu vermeiden, dass sie hier im Landtag Rede und Antwort zum Thema Unterrichtsversorgung stehen muss. Auch die Vorlage der Daten zur Unterrichtsversorgung an den allgemein bildenden Schulen verzögerte sich um zwei Monate. Das gab es noch nie! Die Anfrage zur Unterrichtsversorgung wird jedes Jahr zum Jahresende vom Kultusministerium vorgelegt. Nun von einer ‚fristgerechten‘ Vorlage der Daten zu sprechen, obwohl das Ministerium Fristverlängerung beantragt hat, ist dreist. Der ganze Vorgang offenbart die völlige Unfähigkeit dieser rot-grünen Landesregierung in der Schulpolitik.“

Wir brauchen möglichst lückenlosen Unterricht. Jetzt muss die Landesregierung dringend etwas tun! Wir fordern die Kultusministerin auf, ihrer Pflicht und ihrer Verantwortung nachzukommen, eine Regierungserklärung abzugeben und sich der Diskussion im Parlament zu stellen.

*Ihre Meinung ist gefragt: Teilen Sie mir mit, wie Sie die Unterrichtsversorgung Ihres Kindes, Ihres Enkelkindes usw. erleben!*

## Späte Initiative von Sozialministerin Rundt

Die Mitteilung vom 10. Februar 2017, Sozialministerin Cornelia Rundt habe den Antrag 742/16 zur Aufnahme von Assistenzhunden in das sogenannte Hilfsmittelverzeichnis in den Bundesrat eingebracht, habe ich erfreut zur Kenntnis genommen. Endlich wird der Antrag im Bundesrat beraten. Doch die von ihr umworbene Idee ist nicht neu, sondern gründet sich auf den von mir bereits 2015 in den Landtag eingebrachten Antrag 17/3111 „Gleichbehandlung aller von Assistenzhunden unterstützten Menschen mit Behinderungen schaffen! In meinem Blickpunkt vom März 2016 habe ich darüber berichtet. Frau Rundt schmückt sich mit fremden Federn! Im Juni 2016 wurde dieser Antrag einstimmig, unter der Drucksachenummer 17/6045, im Landtag verabschiedet. Ziel war es, die rechtlichen Rahmenbedingungen festzusetzen und Assistenzhunden den Zutritt zu allen Bereichen des öffentlichen Lebens zu ermöglichen. Warum die Ministerin fast ein dreiviertel Jahr gebraucht hat, um den Antrag nun in den Bundesrat einzubringen, erschließt sich mir zwar nicht, doch ist die Gleichstellung von Menschen mit Assistenzhunden auf Bundesebene ein weiterer wichtiger Beitrag zur Inklusion.



2009 ist die UN-Behindertenrechtskonvention in Kraft getreten. Nun folgte endlich der erste Aktionsplan Inklusion für Niedersachsen für die Jahre 2017 und 2018, der von der Fachkommission Inklusion erarbeitet und bereits 2015 dem Kabinett vorgelegt wurde. Er umfasst 211 Maßnahmen, die in den kommenden beiden Jahren angegangen werden sollen. Ziel soll es sein, weniger Barrieren und mehr Miteinander von Menschen mit und ohne Beeinträchtigung zu schaffen. Doch fehlende Verbindlichkeiten gefährden die gezielte Umsetzung. Deswegen haben wir als CDU Fraktion bereits am 9. August 2016 einen Entschließungsantrag „UN-Behindertenrechtskonvention endlich umsetzen - niedersächsischen Aktionsplan jetzt verabschieden und NBGG anpassen!“ in den Niedersächsischen Landtag eingebracht. Nach Eingang wurde dieser sofort in den Ausschuss verwiesen.

Darauf folgte eine breit inszenierte Verzögerungstaktik der rot-grünen Regierungsfractionen. Bis Ende Oktober letzten Jahres stand unser Antrag nicht mehr auf der Tagesordnung. Am 3. November 2016 folgte endlich eine Unterrichtung seitens des Sozialministeriums und der Landesbehindertenbeauftragten. Über den Antrag abgestimmt wurde allerdings nicht. Es sollte Zeit gewonnen werden, um einen Schnelldurchlauf für den Aktionsplan präsentieren zu können. So war es dann auch.

Durch den verzögerten Zeitrahmen mussten wir unseren Antrag zwischenzeitlich anpassen, konnten ihn aber nicht abschließen, da die Regierungsfractionen dies weiterhin verzögerten, um den Aktionsplan am 25. Januar 2017

öffentlich vorstellen zu können, mit dem Ziel: Der Antrag ist ja überflüssig.

Das ist er aber nach wie vor nicht, denn der Aktionsplan sieht unter anderem vor, die Barrierefreiheit im öffentlichen Personennahverkehr in Zukunft stärker zu berücksichtigen. Dazu sollen Menschen mit Behinderungen in Zukunft bei allen Planungen und Ausschreibungen in diesem Bereich stärker einbezogen werden, was bis jetzt nicht festgeschrieben ist. Und die konkrete Umsetzung der Maßnahmenvorschläge und damit die gleichberechtigte Teilhabe, Selbstbestimmung und Gleichstellung von Menschen mit Behinderungen, sind im Aktionsplan leider in vielen Bereichen weiterhin offen bzw. ohne einen konkreten Zeitplan.

Im Aktionsplan wird auch beispielsweise vermerkt, dass die gesetzlichen Grundlagen für das Steuerungsinstrument Förderzentrum geschaffen werden. Doch genau das Gegenteil ist der Fall: Förderzentren werden nicht weiterentwickelt. Stattdessen wird eine neue Verwaltungsebene, durch die sogenannten Regionalen Beratungs- und Unterstützungszentren, geschaffen. Praxisnähe? - Weit gefehlt!

Im Aktionsplan steht ebenfalls, dass die Zusammenarbeit von Schulen mit privaten Trägern und Förderzentren durch die Änderung der gesetzlichen Vorgaben gefördert werden soll. Doch auch hier ist das Gegenteil der Fall. Durch weniger Finanzmittel werden die Schulen benachteiligt, die Sonderpädagogen können durch rechtliche Hürden nicht an den Schulen in privater Trägerschaft arbeiten. Wie kann so eine erfolgreiche Inklusion gelingen? Zu den Maßnahmen im Hand-

## Daran arbeite ich im Sozialausschuss

### Aktionsplan Inklusion

lungsfeld Wohnen steht beispielsweise im Aktionsplan, dass die DIN 18 040-2 im Landesrecht verbindlich wird. Sie gibt als Ziel aus: Die bauliche Barrierefreiheit bei Neubauten wird gewährleistet. Doch die NBauO-Novelle setzt das aber nicht um und berücksichtigt keinen einzigen Vorschlag des Landesblindendenverbandes, des Deutschen Schwerhörigenbundes oder des Sozialverbands Deutschland!

Auch aus Gesprächen mit meinen ehemaligen Kolleginnen und Kollegen aus dem sonderpädagogischen Bereich wusste ich um die kritischen Punkte im Aktionsplan. Wiederholt wurden die fehlende Verbindlichkeit, die teilweise gegenläufigen Entscheidungen innerhalb der Ressorts der Ministerien und das fehlende Niedersächsische Behindertengleichstellungsgesetz bemängelt.

Alle diese Punkte waren in unserem angepassten Änderungsantrag zu finden.

Leider wurde dieser in der letzten Plenarsitzung abgelehnt. So können wir als CDU-Fraktion nur sagen: Ja, es liegt ein Aktionsplan vor. Ja, man kann mit ihm beginnen zu arbeiten. Aber: Nein, er ist nicht verbindlich. Er gewährleistet nicht die generelle Einbeziehung der Verbände und Selbstvertreterinnen und Selbstvertreter in die laufenden Prozesse.

Eine Novellierung des NBGG liegt bis heute nicht vor. Ich finde es sehr schade, dass man die bereits bekannten Kritikpunkte nicht versucht nachzubessern, um letztendlich einen guten Aktionsplan in der ersten Phase auf den Weg zu bringen. Ich werde mich weiterhin dafür einsetzen, dass es doch noch zu einem „großen Wurf“ kommen wird.

## Europabüro in der Waldorfschule

Beim Berufsforum der Waldorfschule Benefeld war in diesem Jahr auch das Amt für regionale Landesentwicklung Lüneburg mit seinem Europabüro vertreten, um Schülerinnen und Schüler über Praktika, Studium oder Ausbildung im europäischen Ausland zu informieren.

Das Erasmus-Programm der Europäischen Union, das in diesem Jahr sein 30-jähriges Jubiläum feiert, ist eine wunderbare Möglichkeit, vor allem für Jugendliche, andere Länder der Europäischen Union kennenzulernen. Im Rahmen des Austauschs können sie wichtige Erfahrungen für das ganze Leben sammeln, die Sprachkenntnisse vertiefen und die Kultur anderer Länder besser kennenlernen.

Insgesamt haben bereits mehr als vier Millionen junge Europäer auf diese Weise ihren Kontinent und die verschiedenen Kulturen kennengelernt, bis 2020 werden es wohl über zehn Millionen sein. Erasmus eröffnet seinen Teilnehmern bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt. So verringert sich beispielsweise für Teilnehmer am Erasmusprogramm das Risiko von Langzeitarbeitslosigkeit. Unternehmen schätzen die Erfahrung, die junge Menschen auf diese Weise mitbringen.



## Daran arbeite ich im Europaausschuss

Landtagspräsident und Vertreter der EU-Kommission einig:

Krisen sind auch Chancen

Als Vertreter der Europäischen Kommission in Deutschland besuchte Richard Nikolaus Kühnel im Januar Landtagspräsident Bernd Busemann, um sich mit ihm über aktuelle europapolitische Themen und über das Arbeitsprogramm der EU-Kommission für 2017 auszutauschen.

Beide waren sich einig, dass die schwerwiegenden Herausforderungen dieser Tage auch eine Chance bieten, wie es schon häufig in der Geschichte der europäischen Einigung der Fall



war. Die außen- und sicherheitspolitische Gesamtlage hat sich in den vergangenen Jahren so stark verändert, dass Europa geradezu gezwungen ist, sich auf Bereiche zu konzentrieren, in denen sich die große Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger eine starke EU wünscht: Innere und äußere Sicherheit, energischer Schutz der Außengrenzen, Gestaltung der digitalen Revolution und ein einiges, selbstbewusstes Auftreten sowohl im transatlantischen Verhältnis als auch gegenüber den anderen Großmächten China und Russland. Wenn das gelingt, ist Europa einen großen Schritt weiter. Für die Akzeptanz der europäischen Idee wäre das ein großer Gewinn.

Richard Nikolaus Kühnel be-

tonte: „Unser Ziel ist eine Europäische Union, die ihre großen gemeinsamen Vorhaben besser und schneller umsetzt. Dazu brauchen wir die aktive Mithilfe aller unserer Mitgliedsstaaten, auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene. Das gelingt nur gemeinsam. Und wir wollen uns auf Maßnahmen konzentrieren, die das Leben der Menschen konkret verbessern. Genau darum geht es in unserem Arbeitsprogramm für 2017.“

Er erklärte weiter, dass die EU-Kommission darauf achte, den Eindruck zu vermeiden, es gehe ihr darum, mit immer neuen Richtlinien in das Alltagsleben der Menschen einzugreifen. Landtagspräsident Busemann ergänzte: „Weder stehen im Moment neue Beitritte noch eine weitere Vertiefung an. Wichtig erscheint mir aber gerade in diesen Tagen, dass möglichst viele Gesprächskanäle in die Türkei offen bleiben. Ankara wird auch in Zukunft ein wichtiger Partner sein, auch wenn die aktuelle Entwicklung dort unseren Vorstellungen und Wünschen stark zuwiderläuft.“ Zuvor wurde Kühnel bereits durch Staatssekretärin Birgit Honé in der Staatskanzlei zu einem Informations- und Gedankenaustausch empfangen. Danach nahm er an der Sitzung des Europaausschusses

teil, in der er das EU Arbeitsprogramm, im Rahmen einer computergestützten Lichtbildpräsentation, vorstellte. Er wies erneut darauf hin, dass sich die aktuellen Herausforderungen in einer Art und Weise ballen und zusammenbrauen würden, wie es seit 1945 in Europa nicht mehr der Fall war. Doch machte er auch deutlich, dass Europa nicht auf so verlorenem Posten stehe, wie es manchmal den Anschein habe. In vielen Bereichen sei die Arbeit der EU-Kommission in Brüssel bereits auf einem guten Weg. Ein zentrales Thema dabei sei der Sicherheitsbereich. Mit der Einführung des Grenzkontrollmanagements und neuer Einreiseprogramme wie ETIAS sei man bereits vorangekommen. Auch im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit in Europa sähe man erste Erfolge. Sehr wichtig sei außerdem das Thema Transparenz. Über Bürgerdialoge und in nationalen Parlamenten, werbe man einerseits für die Ideen und Vorschläge aus Brüssel, andererseits hole man Meinungen ein, um sie in die Arbeit einfließen zu lassen. Ein gegenseitiger Austausch sei deshalb enorm wichtig. Abschließend bot Kühnel mir als Vorsitzende und dem Ausschuss an, die deutsche Vertretung der Europäischen Kommission in Berlin zu besuchen.

# Aus dem Plenum

## Niedersächsisches Kommunalabgabengesetz:

### Landesregierung schafft Bürokratiemonster und greift Grundstücksbesitzern in die Tasche

Der von der rot-grünen Landesregierung vorgelegte Entwurf zur Reform des Kommunalabgabengesetzes ist eine Kapitulationserklärung. Noch 2013 sind SPD und Grüne mit dem Versprechen angetreten, die Kommunen finanziell besser auszustatten – doch passiert ist nichts“, sagt der kommunalpolitische Sprecher der CDU Landtagsfraktion Bernd-Carsten Hiebing in der 2. Gesetzesberatung im Plenum. „Erst sollte der kommunale Finanzausgleich gekippt werden, dann der Leistungsfähigkeitsvorbehalt. Auch die Idee einer kommunalen Wirtschaftssteuer aus Grund- und Gewerbesteuer war nur heiße Luft. Nichts davon wurde umgesetzt. Jetzt sollen Grundstücksbesitzer in die Breche springen und wiederkehrende Straßenausbaubeiträge zahlen“, so Hiebing. Wir können

nur vor falschen Hoffnungen warnen, denn die Praxis hat gezeigt, dass die Kommunen keine Erwartungen in dieses Instrument setzen sollten. Wiederkehrende Beiträge lösen nicht die Probleme beim Straßenbau – man schafft nur die Möglichkeit, den Grundstücksbesitzern ständig und dauerhaft in die Tasche zu greifen.

„Falsch und in diesem Gesetz völlig deplatziert ist zudem die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens vor verwaltungsgerichtlichen Klagen“, sagte Hiebing. Die CDU-geführte Vorgängerregierung hatte das Widerspruchsverfahren 2005 über eine Änderung des dafür vorgesehenen Justiz- und Verwaltungsverfahrensgesetzes bewusst abgeschafft, um **zügig** Rechtssicherheit für Bürgerinnen und Bürger herzustellen. „Die

Justizministerin missbraucht jetzt die Novellierung des Kommunalabgabengesetzes, um die Menschen wieder von den Verwaltungsgerichten fernzuhalten“, kritisiert der CDU-Kommunalexperte weiter. „Die Wiedereinführung des Widerspruchsverfahrens ist überflüssig und ein Bürokratiemonster. Dass die Landesregierung die Rückkehr zum überholten Verfahren in einem systemfremden Gesetz durchdrückt, ist zudem eine Ohrfeige für die Kommunen, die dies einmütig ablehnen.“ Ebenso sind die in dem Gesetz eingeführten Erhebungsmöglichkeiten für Tourismusbeiträge zu kritisieren. Wie auch die Handwerkskammer zu Recht anmerkt, sind Tourismusbeiträge ein negativer Standortfaktor. Sie sind nichts anderes als eine zweite Gewerbesteuer. Damit erhalten

die Kommunen einen Freibrief, Tourismusbeiträge von der örtlichen Wirtschaft zu erheben. „Für mich ist es nicht nachvollziehbar, warum man diesen Weg überhaupt möglich gemacht hat. So kann beispielsweise ein Bäcker oder Fleischer, Dachdecker, Maurer usw. doppelt belastet werden. Bei mehr Einnahmen durch Touristen, auch indirekt, zahlt das Unternehmen sowieso bereits mehr Gewerbesteuer. Und das ungerechte ist, dass Unternehmen, die nicht den Sitz in der Kommune haben, kaum zu Tourismusbeiträgen herangezogen werden können. Das schafft Wettbewerbsnachteile und Schwächung der ortsansässigen Betriebe. Ich warne vor solchen Schritten, auch in meiner eigenen Kommune“, so Pieper.

## Klientelpolitik auf dem Rücken der Landwirte –

### Wenzel muss Gesetzentwurf zum Wassergesetz grundlegend überarbeiten

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Frank Oesterhelweg hat Umweltminister Wenzel in der Plenarsitzung aufgefordert, den Entwurf zur Novellierung des Wassergesetzes erst nach grundlegender Überarbeitung ins Parlament einzubringen. „Der Gesetzentwurf ist vollkommen unverhältnismäßig“, kritisiert Oesterhelweg. „Mehr Aufwand, höhere Unterhaltungskosten, weniger Flächen für die Betriebe und vor allem steigende Hochwassergefahr – über die wirklichen Folgen für Landwirte, Natur, Umwelt und Wasserschutz wurde überhaupt nicht nachgedacht.“ Damit reihte sich der Gesetzentwurf in die zahlreichen vorangegangenen Trauerspiele aus dem Bereich der Agrar- und Umweltpolitik ein: Wie schon beim Landesraumordnungsprogramm oder beim Gesetz zur Landwirtschaftskammer agiere die rot-

grüne Mehrheit auch beim Wassergesetz an der Realität und den Bedürfnissen der Betroffenen vorbei. „Umweltminister Wenzel und Landwirtschaftsminister Meyer betreiben hier reine Klientelpolitik auf dem Rücken der Landwirte und ihrer Familien“, kritisiert Oesterhelweg. „Letztlich wird die Novellierung des Wassergesetzes Niedersachsens Landwirte faktisch enteignen und tausende Arbeitsplätze gefährden, ohne dass wesentliche Effekte für den Schutz von Grundwasser und Oberflächengewässern zu verzeichnen sind.“

Ob die Novellierung des Wassergesetzes in dieser Form – vor allem aber die Wirkung einer fünf Meter breiten Tabuzone an Gewässern für Dünger und Pflanzenschutzmittel – überhaupt die gewünschten Erfolge erziele, sei also fraglich. Auch

Fachleute würden an der Wirksamkeit des Gesetzes zweifeln. „Es ist überhaupt nicht klar, was mit dem Gesetzentwurf der Landesregierung erreicht werden soll“, so Oesterhelweg.

#### Wir fordern in unserem vorgelegten Antrag:

1. den Entwurf zur Novellierung des Niedersächsischen Wassergesetzes nicht in den Landtag einzubringen
2. erst dann einen neuen Entwurf zur Novellierung des Niedersächsischen Wassergesetzes vorzulegen, wenn sichergestellt ist, dass dieser
  - a) eine Verbesserung der Wasserqualität in den besonders schwer mit Nitrat belasteten Regionen erzielt, gleichzeitig aber die technische Umsetzbarkeit in der Landwirtschaft berücksichtigt,
  - b) mit fachlicher Expertise be-

gründet ist,

- c) fair, praktikabel und rechtsicher ist, ohne die Existenz vieler bäuerlicher Familien zu gefährden,
  - d) die Interessen der betroffenen Landwirte und Grundstückseigentümer ausreichend berücksichtigt,
  - e) auch im Gewässerschutz den Vorrang freiwilliger Vereinbarungen vor staatlichem Zwang verankert,
3. vor der Veröffentlichung eines neuen Entwurfes zur Novellierung des Niedersächsischen Wassergesetzes eine umfassende Folgenabschätzung vorzunehmen,
  4. Landes- und EU-Mittel in die Forschung und Entwicklung von wasser- und gewässerschonender Technik zu investieren und so deren Einsatz durch Landwirte zu fördern.



## Neujahrsempfang in Neuenkirchen

Ein gelungener Auftakt für das Jahr 2017 war der Neujahrsempfang der CDU auf dem Schröers-Hof in Neuenkirchen. Unser Spitzenkandidat Dr. Bernd Althusmann setzte drei Schwerpunkte für die Weichenstellung Niedersachsens: Er forderte, Lücken der inneren Sicherheit zu schließen, die Leistung von allen für „Wohlstand für alle“ sowie eine Neujustierung der Landwirtschaft. „Wir brauchen keine ideologische Schulstrukturdebatte. Stattdessen sollten wir auf Inhalte setzen. Das macht gute Schule aus...“ Recht hat er!



## Ehrung der Paralympioniken In Hannover

Unter dem Motto „Mit Gold und Schwung ins neue Jahr“ wurden im Kleinen Sendesaal des NDR in Hannover die herausragenden Leistungen der sechs niedersächsischen Athletinnen und Athleten bei den Paralympics in Rio de Janeiro gewürdigt. Der Präsident des Behinderten Sportverbands Niedersachsen Karl Finke betonte in seiner Begrüßung, dass die Sportlerinnen und Sportler die niedersächsischen Farben in Rio würdig vertreten hätten. Die Paralympics zeigen uns, dass man auch mit einem Handicap sportliche Spitzenleistung bringen kann.



## Meinungsaustausch zwischen Wirtschaft und Politik

Zusammen mit Kathrin Rösel und dem CDU-Gemeindeverbandsvorsitzenden Peter Jahnke, haben wir uns erneut mit Vertretern von Dow Cellulosics in Bomlitz getroffen, um uns unter anderem über die Auswirkungen europäischer Verordnungen und Richtlinien auf die chemische Industrie auszutauschen. Da sich die Festsetzungen in Brüssel, Berlin und Hannover auch auf den Dow-Standort in Bomlitz auswirken sind wir sehr an einem regelmäßigen Erfahrungsaustausch interessiert. Im Mittelpunkt des Arbeitsge-

sprächs stand das Transparenzgesetz. Unternehmen sollen Dokumente von öffentlichem Interesse, wie Unternehmensdaten und genehmigungspflichtige Anlagen, im Internet zur Verfügung stellen. Dies schaffe nicht nur einen Wettbewerbsnachteil durch Industriespionage, sondern sei auch aus Sicherheitsgründen sehr bedenklich. Es sei nicht beruhigend, wenn Informationen über den Aufbau des Standorts und die Lagerung von Chemikalien ohne Beschränkung weltweit im Internet einsehbar seien, ar-

gumentierte Dr. Birgit Ortlieb, Director Government Affairs von Dow Deutschland. Es ist wichtig für Dow als Industriestandort, dass die Regierung die berechtigten Bedenken der Industrie ernst nimmt. Staatliche Transparenz muss Grenzen haben. Schutzrechte und Interessen von Unternehmen müssen geschützt werden. Eine wesentliche Aufgabe des Transparenzgesetzes ist es daher, einen angemessenen Ausgleich zwischen Informations- und Geheimhaltungsinteressen zu schaffen.

## Land muss Ersatzschulfinanzierung neu regeln

Wie kann man die Finanzierung der Schulen in freier Trägerschaft verbessern? Was ist uns Bildung eigentlich wert? Diese und weitere Fragen standen im Mittelpunkt eines Gesprächs mit Michael Kropp, dem stv. Vorsitzenden der Arbeitsgemeinschaft Freier Schulen Niedersachsen e.V und Christian Fenton, Geschäftsführer der der Freien Waldorfschule Benefeld.



Die aktuelle Finanzierungssituation stelle eine hohe Belastung dar, teilte mir Christian Fenton mit. Die Zuschüsse der Landesregierung machten nur knapp über 60% der gesamten Erträge aus. Weder Sach- noch Investitionskosten würden hierbei berücksichtigt. Der restliche Anteil müsse über das Schulgeld aufgebracht werden.

Doch Ersatzschulen unterliegen dem Sonderungsverbot. Dieses soll allen Kindern ermöglichen,

eine Schule in freier Trägerschaft zu besuchen, ohne eine Sondierung nach den Besitzverhältnissen der Eltern. Aus diesem Grund sind die Schulgelder einkommensabhängig. Leider nehme die Bereitschaft der Eltern diesen sozialen Anteil zu leisten, kontinuierlich ab, berichtete Fenton weiter. Die Waldorfschule in Benefeld sieht

sich als Schule für alle Begabungen und Schichten. Doch die dauerhafte Unterfinanzierung zwingt die Eltern dazu, Schulbeiträge aufbringen zu müssen, die letztlich ihr Recht auf eine freie Schulwahl einschränken würden. Aus diesem Grund werde ich das Thema Schulfinanzierung im Landtag weiter vorantreiben. Die Waldorfschule in Benefeld ist ein wichtiger Bestandteil der Schullandschaft in unserem Heidekreis. Von ihr gehen viele wertvolle Impulse für das Bildungswesen aus. Transparente Finanzierungssysteme und eine verlässliche Planungssicherheit für den Schulhaushalt sind daher notwendig, damit Eltern wirklich frei wählen können, welche Schulform die Richtige für ihr Kind ist.“

## Veranstaltungsreihe

### „GedankenGut“ der IHK

Der Auftakt der GedankenGut-Veranstaltungsreihe 2017 fand im Januar im Capitol Kino in Walsrode statt. Professor Dietrich Grönemeyer hielt eine Rede über den Mut zum Miteinander und über die Frage: "Gilt der hippokratische Eid nicht für uns alle?" Dietrich Grönemeyer steht für eine gerechtere Welt ein und vertritt die Meinung, dass wir die historische Chance für den medizinischen und technischen Fortschritt nutzen müssen. Als stellvertretende Landrätin habe ich die Veranstaltung eröffnet.



## Neujahrsempfang Lebenshilfe Soltau

Das Thema Teilhabe für die Menschen mit Behinderung war eines der Hauptthemen beim Neujahrsempfang der Lebenshilfe Soltau. Das neue Gesetz stelle die Lebenshilfe vor neue Herausforderungen. Die Lebenshilfe stehe für die Teilhabe von Menschen in allen Lebensbereichen. Fachberaterin Johanna Kaste von der Geschäftsstelle der Lebenshilfe Niedersachsen stellte die anstehenden Umstellungen heraus, um landesweit einheitliche Regelungen bei der Eingliederung, Pflege und Betreuung der behinderten Menschen sicherzustellen. Das Bundesteilhabegesetz ist in seinen ersten Teilen am 30.12.2016 in Kraft getreten.



## Nominierung zur Landtagskandidatin

Mit 95,8% wurde ich im Januar ein drittes Mal zur Landtagskandidatin für den Wahlkreis 43 Walsrode nominiert. Für dieses überzeugende Ergebnis bedanke ich mich bei allen Mitgliedern und werde mich auch weiterhin aktiv für die Belange in meinem Wahlkreis einsetzen.

Dabei steht für mich im Vordergrund:

1. Dr. Bernd Althusmann muss Ministerpräsident des Landes Niedersachsen werden.
2. Innere Sicherheit ist für uns in Niedersachsen nicht verhandelbar. Unsere Bürgerinnen und Bürger wollen und sollen sicher in unserem Bundesland leben. Und dazu bedarf es einer gut ausgestatteten Polizei –

materiell und personell – sowie dem Ende der Misstrauenskultur gegenüber der Polizei.

3. Im 21. Jahrhundert muss ein Flächenland wie Niedersachsen Vorreiter in Sachen Digitalisierung sein. Wenn die rot-grüne Landesregierung jetzt gerade rund 300 Millionen Euro für schnelles Internet investieren will, ist das eindeutig zu wenig. Die Digitalisierung wird und hat das Lernen und die Arbeitswelt bereits verändert. Unsere mittelständische Wirtschaft ist auf schnelles Internet angewiesen, um den Anschluss an die Welt nicht zu verlieren.
4. Unser Anliegen muss sein, die Menschen in Niedersachsen mitzunehmen und unser Bun-

desland fair zu gestalten. Dabei dürfen wir die Menschen nicht vergessen, die sich abgehängt fühlen. Es geht hierbei um eine Besinnung auf die Kernbotschaften der CDU: Soziale Verantwortung, Solidarität mit den Schwachen, soziale Marktwirtschaft und sozialer Fortschritt für alle. Die Partei muss zuhören, die Partei muss hinhören, die Partei muss andere Meinungen akzeptieren - Das beste Mittel gegen Populisten.

Die Aufgabe in den nächsten Wochen und Monaten wird darin bestehen, die Ziele weiterhin zu differenzieren und definieren, damit Sie genau wissen, wofür die CDU, wofür ich stehe.

## Gespräch mit dem VdEK im Landtag

In regelmäßigem Abstand treffen sich die CDU Abgeordneten des Arbeitskreises Soziales mit



Vertretern des Verbandes der Ersatzkassen (VdEK), um sich über aktuelle Themen rund um die Gesundheitsversorgung auszutauschen. Im letzten Treffen ging es vornehmlich um die Finanzierung

von Krankenhäusern und um die Änderungen am morbiditätsorientierten Risikostrukturausgleich (Morbi-RSA) der gesetzlichen Krankenversicherung. Intensiv wurde über das jetzt von der Lan-

desregierung geplante kreditfinanzierte Sondervermögen zum Abbau des Investitionsstaus an Krankenhausbauten gesprochen. Hierzu Jörg Niemann (Leiter der Landesvertretung VdEK): „Das Land muss die Fördermittel dauerhaft anheben, sonst sprechen wir bald vom nächsten Investitionsstau. Die Ersatzkassen erwarten vom Land, dass es seiner Verantwortung für die Krankenhäuser voll und ganz nach kommt.“ Weitere Themen waren unter anderem die hausärztliche Versorgung und die Entwicklung der Gesundheitsregionen.